

► Allgemeines

Mehr Transparenz bei Werbe- und Verwaltungskosten. Mehr Transparenz im Spendenwesen soll ein neues Konzept zur Berechnung der Werbe- und Verwaltungskosten bringen, das vom Deutschen Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) und der Deutschen Gesellschaft für Controlling in der Sozialwirtschaft (DGCS) unter Beteiligung der Finanzverantwortlichen von zehn, überwiegend großen Spendernorganisationen erarbeitet wurde. Das Konzept definiert präzise, welche Kostenarten den satzungsgemäßen Projektausgaben auf der einen sowie den Werbe- und Verwaltungsausgaben auf der anderen Seite zugerechnet werden sollten. Eine Tabelle zeigt die Zuordnung der wichtigsten in der Praxis vorkommenden Kostenarten auf einen Blick an. Interessierte können die 18-seitige Broschüre gegen Zusendung von drei Briefmarken zu 55 Cent beim DZI bestellen, Bernadottestraße 94, 14195 Berlin oder von den Websites des DZI (www.dzi.de) oder der DGCS (www.dgcs.de) herunterladen. Quelle: Pressemitteilung DZI und DGCS vom September 2006

Bildungsgutschein. Seit In-Kraft-Treten des Ersten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt am 1. Januar 2003 können die Agenturen für Arbeit bei Vorliegen der Förderungsvoraussetzungen Gutscheine für zuvor individuell festgestellte Bildungsbedarfe aushändigen. Der Bildungsgutschein weist unter anderem das Bildungsziel, den zu dessen Erreichen erforderlichen Zeitrahmen sowie die Gültigkeitsdauer aus. Interessierte können den Gutschein bei einem für die Weiterbildungsförderung zugelassenen Träger ihrer Wahl für eine ebenfalls zugelassene Maßnahme einlösen. Der Bildungsgutschein ist also eine Zusicherung, dass die durch die Teilnahme an der Weiterbildung anfallenden Kosten übernommen werden. Der Gutschein wird der Arbeitsagentur vom Bildungsträger zur Abrechnung vorgelegt. Quelle: BIBB Forschung, Informationsdienst 4.2006

„Gefährlicher Straftäter“. Eine Problemgruppe der Kriminalpolitik? Hrsg. Rudolf Egg, Eigenverlag Kriminologische Zentralstelle e.V. Wiesbaden 2005, 193 S., EUR 19,- *DZI-D-7584*

Kriminalpolitik und Strafrecht haben in den letzten Jahren eine Gruppe von Straftätern wiederentdeckt, die so genannten „gefährlichen Straftäter“. Auf diese Gruppe zielen einige neuere Gesetzesänderungen im Sexualstrafrecht, aber auch bei den kriminalrechtlichen Maßregeln und im Strafvollzugsrecht. Einzelne Kriminalfälle scheinen Anlass für immer neue Vorschläge zu bieten, das Strafrecht umzustalten. Ist diese relativ kleine Gruppe also eine Problemgruppe der Kriminalpolitik und der Strafrechtspraxis oder wird ihre Bedeutung eher überschätzt? Im November 2004 veranstaltete die Kriminologische Zentralstelle (KrimZ) dazu eine interdisziplinäre Fachtagung. Dieser Band dokumentiert die Ergebnisse der Veranstaltung, in deren Rah-

men das komplexe Thema aus der Sichtweise und aus den Erfahrungen mehrerer Expertinnen und Experten erörtert wurde. Bestellanschrift: KrimZ, Viktoriastraße 35, 65189 Wiesbaden, Tel.: 06 11/157 58-0, Fax: 06 11/157 58 10 E-Mail: info@krimz.de

Diakonie: Zusammenführung. Die Diakonischen Werke (DW) Rheinland, Westfalen und Lippe stehen kurz vor einer Zusammenführung. Die entsprechenden Satzungsänderungen der Mitgliederversammlungen aller drei Werke haben die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen geschaffen. Das DW Lippe hat alle Spitzenverbandsaufgaben an das DW Westfalen übertragen und konzentriert sich auf regionale und örtliche Aufgaben. Zur Zusammenführung der evangelischen Wohlfahrtsverbände soll ein Verein gegründet werden, der die Aktivitäten bündelt; die Standorte Münster und Düsseldorf bleiben erhalten. Gute Kooperationen gab es bereits in den Bereichen Krankenhaus, Arbeitsrecht und Europa. Quelle: caritas in NRW 4.2006

Bleiberecht. Als menschlich unzumutbar und politisch unverantwortlich kritisierte der Präsident des Deutschen Caritasverbandes (DCV) die so genannten „Kettenduldungen“ für Migrantinnen und Migranten. Von den fast 200 000 langjährig geduldeten ausländischen Menschen leben etwa 120 000 seit mindestens fünf Jahren in Deutschland. Sie haben nur wiederholte, kurzfristige Duldungsbescheide und sind stets von Abschiebung bedroht. „Der jetzige Zustand führt dazu, dass wertvolle Jahre vergeudet werden, in denen viel für die Integration der Menschen getan werden könnte“, erinnerte der Caritas-Präsident. Nach Auffassung des DCV sollten Geduldete, die sich seit mindestens fünf Jahren in Deutschland aufhalten, ein Aufenthaltsrecht erhalten. Für Familien, deren Kinder in Deutschland geboren wurden oder die bei der Einreise noch Kleinkinder waren, sollte eine Aufenthaltsdauer von drei Jahren ausreichen. Dieser verkürzte Mindestaufenthalt sollte ebenfalls für alte, schwer kranke und behinderte Menschen genügen, während unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schon nach zweijährigem Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erhalten sollten. Quelle: Pressemeldung des DCV vom September 2006

► Soziales

Keine Zinsen. Muss eine Familienkasse Kindergeld nachzahlen, haben die Eltern keinen Anspruch auf Verzinsung dieser Nachzahlung. Dafür fehlt im Gesetz eine entsprechende Vorschrift. Und da Kindergeldnachzahlungen für Zeiträume von mehr als 15 Monaten sehr selten vorkommen, ist der Ausschluss auch „nicht gerechtfertigt“ (Bundesfinanzhof Az: III R 64/04). Quelle: business. Magazin für Firmenkunden der BKK Gesundheit 4.2006

Wohlfahrtssektor und Soziale Arbeit in Südafrika.

Von Albrecht Isert. Eigenverlag Südafrika-Studien. Bad Urach 2006, 232 S., EUR 25,- *DZI-D-7697*
Diese Studie handelt von den sozialen Diensten und Einrichtungen, von der mit und in ihnen verrichteten Sozialen Arbeit sowie deren Trägern und der damit verbundenen Wohlfahrtspolitik des Staates Südafrika. Es geht um ein in der Öffentlichkeit, Politik und Literatur vernachlässigtes Feld, dessen Leistungen und Akteure im Schatten der viel diskutierten und zum Teil weitaus höher budgetierten Po-

litikfelder wie zum Beispiel Gesundheit, Bildung und Wohnraum stehen. Neben der Marginalisierung durch andere Sozialleistungen und dem Makel einer während der Apartheid überwiegend auf weiße Einwohnerinnen und Einwohner fixierten Sozialen Arbeit hat der Sektor auch mit den Herausforderungen der Transformation zu kämpfen, die von der Entrassifizierung über die De-Institutionalisierung und De-Professionalisierung (offene Handlungskonzepte und Einsatz neuer Sozialberufe und freiwillig Helfender) bis hin zur Entkolonialisierung beziehungsweise Kontextualisierung der Konzepte Sozialer Arbeit reichen. Bestellschrift: Dr. Albrecht Iser, Hirschseeweg 1, 72574 Bad Urach

Regelsatzverordnung geändert. Das Bundeskabinett hat eine Änderung der Regelsatzverordnung bei der Sozialhilfe auf den Weg gebracht. Danach soll der Regelsatz künftig bundeseinheitlich 345 Euro im Monat betragen. Die bisherige Differenzierung zwischen west- und ostdeutschen Sozialhilfeempfängerinnen und -empfängern (345 Euro West, 331 Euro Ost) soll damit entfallen. Gleichzeitig soll die unterschiedliche Behandlung von Sozialhilfe- und Arbeitslosengeld-II-Beziehenden beseitigt werden. Die geplanten Neuregelungen sollen zum 1. Januar 2007 wirksam werden. Bei der Höhe des Regelsatzes handelt es sich um einen Eckwert. Die Bundesländer sollen unter Berücksichtigung regionaler Unterschiede und Besonderheiten hier von abweichen können. Weitere Änderungen betreffen die Höhe der Regelsätze bei zusammenlebenden Ehepaaren und Lebenspartnerschaften. Bisher erhält der Haushaltsvorstand 100 % des Eckregelsatzes und der Partner 80 %. Künftig soll jeder – wie bei Arbeitslosengeld-II-Beziehenden – 90 % des Regelsatzes erhalten. *Quelle: DBSH-Nachrichten 8/9.2006*

► Gesundheit

Neue MDS-Richtlinie beschlossen. Am 1. September 2006 ist mit Zustimmung des Bundesgesundheitsministeriums die neue Richtlinie des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenkassen (MDS) zur Begutachtung von Pflegebedürftigkeit nach dem Pflegeversicherungsgesetz in Kraft getreten. Nach der Richtlinie begutachtet der Medizinische Dienst der Krankenversicherung (MDK), ob Personen Anspruch auf Leistungen der Pflegeversicherung haben und wie dieser Anspruch aussieht. Erforderlich wurde die vollständige Überarbeitung auf Grund diverser rechtlicher und gesetzlicher Änderungen sowie pflegefachlicher Anforderungen. Neu ist unter anderem, dass der MDK bei der Begutachtung nicht mehr nur den Leistungsbedarf im Rahmen der Pflegeversicherung, sondern auch hinsichtlich der Krankenkassen erhebt. Neu ist weiterhin, dass bei Pflegebedürftigen, die sich für die Geldleistung entschieden haben, detailliert angegeben werden muss, welche Personen welche Leistungen erbringen. Information: MDS, Lützowstraße 53, 45141 Essen, Tel.: 02 01/832 70, Fax: 02 01/832 71 00, E-Mail: office@mds-ev.de

Novelle des Sächsischen Psychiatrie-Gesetzes. Die Sächsische Staatsregierung beschloss in einer Kabinetsitzung den Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sächsischen Gesetzes über die Hilfen und die Unterbringung bei psychischen Krankheiten. Insbesondere werden zwischenzeitlich geänderte Bedürfnisse und Anforderungen der Praxis berücksichtigt, so die Tätigkeit von Be-

suchskommissionen, gesetzliche Präzisierungen im Zusammenhang mit der Psychiatrieberichterstattung und die Festlegung von Einzugsgebieten. Das Sächsische Gesetz über die Hilfen und die Unterbringung bei psychischen Krankheiten sieht die Einrichtung von Besuchskommissionen vor, die vor Ort überprüfen, ob die Rechte der Patienten und Patientinnen gewahrt werden und inwieweit die Krankenhäuser und Einrichtungen die allgemein anerkannten Mindeststandards der Behandlung und Betreuung erfüllen. Das Gesetz enthält eine Bestimmung über die Mindestanforderungen bei der Zusammensetzung der Mitglieder der Kommissionen. Darüber hinaus wurden die Be-suchsintervalle und der Berichtszeitraum angepasst sowie eine Regelung zur Verschwiegenheit hinzugefügt. *Quelle: Pressemitteilung des Staatsministeriums für Soziales 141/06*

Zur gesundheitlichen und sozialen Lage von Kindern in Berlin. Ergebnisse und Handlungsempfehlungen auf der Basis der Einschulungsuntersuchungen 2004. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz von Berlin. Selbstverlag. Berlin 2006, 93 S., EUR 10,- *DZI-D-7715*

In dieser Veröffentlichung werden die Daten der Einschulungsuntersuchungen in allen Berliner Bezirken des Jahres 2004 ausgewertet. Sie informiert über die Inanspruchnahme von Betreuungseinrichtungen, den Stand deutscher Sprachkenntnisse, die Verbreitung von Übergewicht, über Fernsehkonsum, die Entwicklung sowie die erfolgte gesundheitliche Vorsorge der untersuchten Kinder und elterliches Rauchen. Dabei werden vielfach Unterschiede, bezogen auf die soziale Lage der Familie, die Herkunft der Kinder (Migrationshintergrund), den Sozialraum und teilweise auch das Geschlecht festgestellt. Anhand der Ergebnisse werden präventionsrelevante Handlungsfelder definiert, die von den Problemen hauptsächlich betroffenen Gruppen charakterisiert, die in diesen Problemberäumen vorhandenen Ansätze zusammengefasst und Handlungsempfehlungen für die drei Settings Familie, Sozialraum und Kindertagesstätten formuliert. Der Bericht kann über www.berlin.de/sen/gsv/statistik/index.html bestellt oder als PDF-Datei heruntergeladen werden. Information: Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz von Berlin, Referat II A, Oranienstraße 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/990 28-26 60, Fax: 030/90 28-20 67

Rauchfreies Bundesgesundheitsministerium. Die Bundesregierung kann ihr erstes komplett rauchfreies Ministerium vorweisen. Künftig müssen im Gesundheitsressort arbeitende Raucherinnen und Raucher vor die Tür gehen. Staatssekretärin Marion Caspers-Merk bemerkte dazu, dass die Glaubwürdigkeit von Nichtraucherschutzmaßnahmen leide, wenn man nicht selbst mit gutem Beispiel vorangehe. *Quelle: Die BKK 9.2006*

Zu spätes Erkennen seltener Krankheiten. Die Deutsche Selbsthilfe Angeborene Immundefekte (DSAI) in Berlin startete eine Aufklärungskampagne unter dem Titel „Seltene Krankheiten – Gar nicht so selten. Frühe Diagnose rettet Leben und senkt Behandlungskosten“. Ziel ist die Erhöhung der politischen und öffentlichen Aufmerksamkeit für seltene Erkrankungen. Denn etwa 20 Mio. Menschen in Europa und vier Mio. Menschen in Deutsch-

land sollen unter einer solchen Erkrankung leiden. Bis es jedoch zu einer richtigen Diagnose kommt, müssen viele Patientinnen und Patienten erst den Weg von schweren Infekten, Krankenhausaufenthalten, falschen Diagnosen und teuren Fehlbehandlungen gehen. Auf europäischer Ebene sollen seltene Krankheiten als zentrales gesundheitspolitisches Thema bereits erkannt sein. Mit der Aufklärungskampagne möchte die DSAI dies auch in Deutschland erreichen und nun ihr erstes Signal an die Bundesregierung geben. Quelle: *Berliner Ärzteblatt 9.2006*

► Jugend und Familie

Nachhaltige Familienpolitik. Im Rahmen einer Hauptausschusssitzung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Bund, Ländern und Kommunen, Wissenschaft sowie der Freien und Öffentlichen Wohlfahrtspflege über Bedingungen einer nachhaltigen Familienpolitik in den Kommunen. Einigkeit bestand darin, dass nur ein nationaler Konsens über geeignete Ziele und Maßnahmen die Kommunen befähigen wird, Familien vor Ort stark zu machen. Der Standortwettbewerb der Kommunen um Familie läuft. Diejenigen, die sich aktiv dem Wettbewerb stellen, gehören zu den Gewinnern. „Zukünftig müssen Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik, Bildung und Infrastruktur stärker miteinander verbunden werden“, so der neu gewählte Vorsitzende des Deutschen Vereins, Wilhelm Schmidt. Quelle: *Pressemitteilung des Deutschen Vereins vom September 2006*

Mehr Familien nutzen sozialpädagogische Hilfe. Im Jahr 2005 wurden nach bisherigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes insgesamt 47 300 Familien durch sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt. Das waren 5% mehr als 2004 und 39 % mehr als 2001. Bei 17 800 Familien endete die Hilfe im Laufe des Jahres 2005, für 29 500 Familien dauerte sie über den Jahreswechsel 2005/2006 an. Sozialpädagogische Familienhilfe ist eine intensive Form ambulanter Hilfe zur Erziehung. Sie unterstützt Eltern bei Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen sowie in Krisen- und Konfliktsituationen und wird meist über eine längere Zeit (durchschnittlich 17 Monate) erbracht. Familienhelferinnen und -helfer besuchen die Familien regelmäßig in ihren Wohnungen und suchen vor Ort gemeinsam mit ihnen nach naheliegenden und passenden Lösungen. Dabei sollen die Familien durch das Motto „Hilfe zur Selbsthilfe“ befähigt werden, Probleme eigenständig zu lösen. Unterstützt werden vor allem kinderreiche Familien. Quelle: *Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 382/06*

Kinder stärken Kinder. Positive Peer Culture in der Praxis. Hrsg. Günther Opp und Nicola Unger. Edition Körber-Stiftung. Hamburg 2006, 220 S., EUR 16,- *DZI-D-7668* Alle Eltern und Lehrende kennen die Wirkung von Gruppenzwang in Schule und Alltag. Gruppenprozesse können aber auch positive Effekte haben. Das Konzept der „Positive Peer Culture“ nutzt sie und ermutigt Kinder und Jugendliche zu einem konstruktiven Umgang mit ihren Problemen. Wie Lehrende, Erzieherinnen und alle, die mit Jugendlichen arbeiten, die „Positive Peer Culture“ anwenden können, vermittelt dieses Buch. Es liefert Fachwissen, Erfahrungsberichte und Anregungen zur praktischen Umsetzung.

In einer Gruppe Gleichrangiger, den „Peers“, bestimmen die Jugendlichen selbst, worüber sie reden, und entwickeln, begleitet von einem Mediator, eigene Lösungen. Von Familie und sozialem Umfeld oft wenig beachtet, erfahren sie hier die gegenseitige Aufmerksamkeit und Aussprache als hilfreich und ermutigend. Das Konzept kommt aus den USA und kann auch für Deutschland zukunftsweisend sein.

Alleinerziehende in Schleswig-Holstein. Das Modellprojekt „Zeit für mich! – Was kann ich für mich und meine Gesundheit tun?“ wird von der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung in Schleswig-Holstein und der Universität Flensburg für Alleinerziehende und ihre Kinder im Zusammenhang mit Kindertageseinrichtungen angeboten. Unter fachlicher Leitung werden Fragen zu psychosozialen Belastungssituationen aufgegriffen, Bewältigungsstrategien erarbeitet und in Bezug auf den Erhalt der eigenen Gesundheit reflektiert. Seit November 2006 werden drei neue Kurse in Flensburger Kindertageseinrichtungen und in einer Itzehoher Einrichtung durchgeführt. Quelle: *Info-Brief der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Berlin, Oktober 2006*

► Ausbildung und Beruf

Fortbildungsangebote für 2007. Die folgenden Fortbildungsträger haben Ihre Programme für das kommende Jahr herausgegeben, sie können unter den genannten Anschriften angefordert werden:

Akademie für Fortbildung in Psychotherapie, c/o Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT), Postfach 13 43, 72003 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34-44, Fax: 070 71/94 34-35, E-Mail: awk@dgvt.de

Akademie Remscheid für musicale Bildung und Medienerziehung e.V., Küppelstein 34, 42857 Remscheid, Tel.: 021 91/794-205

E-Mail: info@akademieremscheid.de

AWO Akademie Helene Simon, Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/66 85-142, Fax: 02 28/66 85-211

E-Mail: akademie@awobu.awo.org

Bundesverband zur Förderung von Menschen mit Autismus, Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, Fax: 040/511 08 13, E-Mail: info@autismus.de

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge, Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-0, Fax: 030/629 80-150

E-Mail: info@deutscher-verein.de

Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-15, Fax: 05 11/39 08 81-16, E-Mail: seminarverwaltung@erev.de

Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Soziale Arbeit, Riggenthalbachstraße 16, 4600 Olten/Schweiz, Tel.: 00 41/84/882 10 11, Fax: 00 41/62/286 00 90

E-Mail: info.sozialearbeit@fhnw.ch

Fortbildungs-Akademie des Deutschen Caritasverbandes, Wintererstraße 17-19, 79104 Freiburg im Breisgau, Tel.: 07 61/200-538, Fax: 07 61/200-199

E-Mail: akademie@caritas.de

Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen, Schaumainkai 101-103, 60596 Frankfurt am Main, Tel.: 060/63 39 86-0, Fax: 069/63 39 86-25

E-Mail: igfh@igfh.de

Spezialisierungen im Studium der Sozialarbeit. Im Juni 2006 hat der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) ein Positionspapier zu den Anforderungen an die hochschulische Qualifizierung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe beschlossen. In der sich wandelnden Hochschullandschaft sieht die AGJ die Gefahr, dass „der sich dabei zeigende zunehmende Diversifizierungs- und Segregationsprozess der hochschulischen Fachkultur für die Soziale Arbeit und insbesondere für die Kinder- und Jugendhilfe die Gefahr birgt, dass sie ihre Kontur als im Kern einheitliches professionelles Handlungsfeld sukzessive verliert“. Im Ergebnis fordert die AGJ aus der Perspektive beruflicher Praxis und Fachlichkeit unter anderem Fachkräfte, die auf ein breit angelegtes, fachlich einschlägiges Studium verweisen können; eine Konzeptentwicklung für lebenslanges Lernen, aufbauend auf eine grundständige hochschulische Qualifizierung; themen- oder methodenbezogene Spezialisierungen sollten hochschulischen Weiterbildungs- und Spezialstudiengängen oder außerhochschulischen Fort- und Weiterbildungen vorbehalten sein; im Studium die Auseinandersetzung mit beruflichem Erfahrungswissen und eine Verknüpfung von Theorie und Praxis in ausreichendem Umfang zu intensivieren.

Quelle: DBSH-Newsletter 8/9.2006

Leben und Lernen international. 50 Jahre CIP. Hrsg. Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe/AGJ. Selbstverlag. Berlin 2006, 197 S., EUR 10,- *DZI-D-7738*

In diesem Band werden Beiträge zur Geschichte des internationalen Fortbildungsprogramms „Council of International Programs/CIP“ vorgestellt, das seit 50 Jahren für Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe Austauschprogramme mit den USA organisiert. Ehren- und hauptamtliche Mitarbeitende der Jugendhilfe, die sich im Ausland fortbildeten, konnten nachhaltige Impulse bei der Weiterentwicklung dieses bildungs- und sozialpolitisch wichtigen Arbeitsfeldes geben. Dies bezeugen insbesondere die Beiträge verschiedener Generationen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern des CIP-Programms von 1956 bis in die Gegenwart. Die Kombination von Leben, Lernen und Arbeiten in einer fremden Kultur, die diesem Programm als Schlüsselkonzept zu Grunde liegt, ist dabei Herausforderung und Chance für alle Teilnehmenden. Bezugsanschrift: Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Tel.: 030/400 40-200, Fax: 030/400 40-232, E-Mail: bestellung@agj.de

Medienpreis 2007 der Theodor Springmann Stiftung. Die Stifterin will mit dem Medienpreis journalistische Arbeiten auszeichnen, die sich innovativ mit den Themenkreisen Alter, Erkrankung, Tod, Trauer und Abschied sowie soziale Sicherung kritischer Lebenslagen auseinandersetzen. Der TSS-Medienpreis 2007 wird an Journalistinnen und Journalisten von Tages- oder Wochenzeitungen vergeben, die sich in hervorragender Weise mit dem Thema „Gut Altern“ befasst haben. Der Preis ist mit 5 000 Euro ausgestattet. Einsendeschluss ist der 31. Januar 2007. Weitere Informationen: www.patiententelefon.de, Tel.: 030/44 02 40 79

Tagungskalender

27.-29.11.2006 Berlin. Fachtagung: Sozialraumorientierter Umbau der Hilfen zur Erziehung. Positive Effekte, Risiken und Nebenwirkungen. Information: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., AG Fachtagungen Jugendhilfe, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/39 00-11 36, Fax: 030/39 00-11 46, E-Mail: agf@vfk.de

27.11.-1.12.2006 Bergisch-Gladbach. Fachtagung: Gender Mainstreaming – ein Konzept für die Straffälligenhilfe? Information: Katholische Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälligenhilfe, Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel.: 07 61/200-615, Fax: 07 61/200 350 E-Mail: verwaltung@kags.de

4.-8.12.2006 Weingarten/Oberschwaben. Seminar für Führungskräfte: Zielorientierte Moderation. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222, E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

5.-6.12.2006 Hannover. Fachtag: Erziehungsstellen und Eltern. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V. (EREV), Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81-15, Fax: 05 11/39 08 81-16

18.12.2006 Darmstadt. Tagung: An den Stärken ansetzen – Interkulturelle Eltern- und Familienbildung. Information: Evangelische Fachhochschule Darmstadt, Präsidialamt, Zweifalltorweg 12, 64293 Darmstadt, Tel.: 061 51/87 98-12, Fax: 061 51/87 98-58 E-Mail: praesidialamt@efh-darmstadt.de

18.1.2007 Berlin. Fortbildung: Qualifizierung von Fachkräften in der Kinder- und Jugendarbeit zum/zur Trainer/in und Berater/in für aggressiv handelnde Kinder und Jugendliche. Informationen: Camino-Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich, Scharnhorststraße 5, 10115 Berlin, Tel. 030/786 29 84, Fax: 030/785 00 91, E-Mail: mail@camino-werkstatt.de

19.-21.1.2007 Bad Orb. Tagung: Wo fange ich an, wo höre ich auf? Körperwahrnehmung bei Kindern und Jugendlichen. Information: Evangelische Akademie Hofgeismar, Schloßchen Schönburg, Gesundbrunnen, Postfach 1205, 34369 Hofgeismar, Tel.: 056 71/881-0, Fax: 056 71/881-154, E-Mail: Ev.Akademie.Hofgeismar@ekkw.de

25.-26.1.2007 Bonn. 2. EUROFORUM-Jahrestagung: Wirtschaftlichkeit trotz Steuervergünstigungen. Information: EUROFORUM Deutschland, Prinzenallee 3, 40549 Düsseldorf, Tel.: 02 11/96 86-35 48, Fax: 02 11/96 86-45 15